

Stillhalten kostet uns Arbeitsplätze und Existenz

Stoppt diese kriminelle Vereinigung!

Was für eine verlogene Bande! Uns gaukeln sie die große Konkurrenz vor, jagen uns Arbeiter in die Schlacht gegen andere Belegschaften, während sie gleichzeitig mit dem vermeintlichen Gegner den gemeinsamen Betrug durchziehen. Wir reden von den illegalen Preisabsprachen der LKW-Bauer. 1 Milliarde Strafe für Daimler, die gewiss nicht Herr Zetsche mit seinem 8 Mio.-Jahres-Salär abstottern wird. Einer der Betrüger, MAN, geht straffrei aus, weil er seine Mitbetrüger verraten hat. Schon wieder Daimler, nach Milliardenstrafen in den USA vor einigen Jahren. Und schon wieder VW, der Mutterkonzern von MAN.

Betrüger in den Knast!

Apropos VW. Der Konzern steuert nicht nur auf bis zu 30 Milliarden € an Zahlungen für den erwiesenen Betrug zu (das ist eine Zahl mit 10 Nullen!). Nein, seine sauberen Manager, die ja nun den „Dieselskandal“ „schonungslos aufklären“ sollten, kommen fast alle von der Tochter AUDI. Genau das beschäftigt jetzt US-amerikanische Gerichte. Denn deren Ermittlungen haben ergeben, dass die Betrugssoftware von VW genau unter der Führung dieser Saubermänner schon vor Jahren bei AUDI entwickelt worden ist. Was in Deutschland auch von der Regierung als Kavaliersdelikt runtergespielt wird, ist nach US-Recht nicht mehr „nur“ mit Milliardenstrafen abzugelten, sondern wird mit mehreren Jahren Gefängnis bestraft. In Köln wurde kürzlich ein Flüchtling wegen eines Handy-Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sein Pech: Er hat „nordafrikanisches Aussehen“. Das haben der blonde Herr Müller vom VW-Vorstand und der Herr Zetsche von Daimler natürlich nicht.

Enteignet sie!

Milliardenstrafen, für die allein wir her halten müssen. Milliarden, die täglich aus uns an den Bändern heraus gequetscht werden. Milliarden, die an Kindergärten, Schulen und anderen Investitionen für die Zukunft fehlen. Milliarden, gegen die die Almosen für die Flüchtlinge wie ein mieses Trinkgeld erscheinen.

Unser Stillhalten kostet uns Arbeitsplätze und Existenz

Ja, sie sind korrupt und kriminell, sie betrügen, was das Zeug hält und sie gehen, wenn nötig, über Leichen. Sie bleiben straffrei, weil wir sie nicht zur Rechenschaft ziehen und sie weiter gewähren lassen. Sie bleiben unbehelligt, weil sie den Schutz ihrer Regierung genießen, nach dem Motto: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Und wir helfen mit, unsere eigenen Arbeitsplätze zu vernichten (VW hat schon Hunderte von Leiharbeitern wegen der kriminellen Machenschaften der Manager gefeuert). Es wird uns weitere Tausende von Arbeitsplätzen kosten, solange wir still halten und uns von Betrügern in den Abgrund führen lassen.

Der Kahlschlag im Gastrobereich geht weiter

Mehrheitlich hat der Betriebsrat am 2.8.16 die Betriebsvereinbarung zur Neuordnung des Gastronomiebetriebes zugestimmt. Dieses unter dem Druck des Arbeitgebers, die Gastro komplett fremd zu vergeben, sollte der BV nicht zugestimmt werden. Hier in aller Kürze die Eckpunkte der BV. Die Preise der Warmverpflegung und in den Shops werden erhöht. In den Hallen 7/70 werden die Shops an geeigneten neuen Standort zusammengelegt. Schließung Shop in Gebäude 76 und Halle 8. Kollegen sollen in Gebäude 88 (neuer Shop) ihre Einkäufe in den Pausen erledigen. Schließung des Shops in der Halle 66 und der Hansalinie. Öffnungszeiten der Shops werden zusammengestrichen. Im Süd Werk vor DNS Arbeitsbeginn keine Versorgungsmöglichkeit. Erhöhung der ANÜ Quote über 8% bei Überschreitung des Krankenfehlstandes von 5%. Die durch Betriebsübergang nach §613 BetrVG übernommenen Kollegen der Firma Kruschina arbeiten unter Dienstleistungstariffragslohn, bekommen 67% der Gewinnbeteiligung und stehen nach einem Jahr wieder vor der Existenzfrage.



Ein gutes Essen muss man sich erst mal verdienen

Die Geschichte unserer Kollegen bei der Firma Kruschina im Gastrobereich

Die Meisten haben bereits bei der Firma „Weber Dienstleistungen“ gearbeitet und wurden nach dem Reinigungstarif entlohnt, das ist ein Stundenlohn um die 8€. Vor ein paar Jahren musste Weber aufhören, weil die Firma „ISS“ Daimler ein billigeres Angebot gemacht hatte. Für die Kollegen von Weber bedeutete das damals: Angst um ihre Arbeitsplätze, Ausgrenzung vom Betriebsgelände und Rund um die Uhr arbeiten. Erst nach einer Klage vorm Arbeitsgericht kam es zu einem Betriebsübergang. ISS stellt vor allem befristete Mitarbeiter ein und zahlte keinen Tariflohn. Ab 2011 hagelte es deswegen Klagen, nachdem die Kollegen sich entschieden hatten, um ihre Rechte zu kämpfen. ISS versuchte daraufhin mit getürktem Lohnerhöhungen vertraglich den Tariflohn auszuhebeln. Außerdem versucht ISS in den folgenden Jahren prekäre Arbeitsbedingungen durch sogenannte on- und off-Zeiten (ausschließlich Bezahlung während der Ladenöffnungszeiten) einzuführen. Um sich besser wehren zu können stellen die Kollegen damals erstmals einen Wahlvorstand für eine Betriebsratswahl auf, der nach vielen Behinderungen im Frühjahr 2013 eine Wahl durchführt. Nicht mal ein halbes Jahr später, im November 2013 erfahren die Kollegen, dass es ISS am 31. Dezember des selben Jahres nicht mehr geben wird. Nur durch gemeinschaftlichen Zusammenhalt gelang es ohne Gerichtsprozess einen Betriebsübergang zur neuen Firma „Kruschina“ durchzusetzen. Durch ein Dumpingangebot war es Kruschina gelungen die Ausschreibung von Daimler zu gewinnen und die Dienstleistung im Gastrobereich vom 01.01.14 bis 31.12.16 zu übernehmen. Aber im Oktober 2015 erfahren die Kollegen, dass Kruschina schon zum 31.12.15 außerordentlich gekündigt hat. Wieder mal bangen sie kurz vor Weihnachten um ihre Jobs. Erst in letzter Minute erfahren sie, dass sich Daimler und Kruschina auf eine Verlängerung bis zum 30.06.16 geeinigt haben. Im Januar erhalten die ersten Kollegen ihre fristgerechte Kündigung zum 30.06.16, bis April sind alle Mitarbeiter gekündigt. Wieder wissen sie nicht, wie es weitergehen wird. Ob es eine Gastro GmbH von Daimler geben wird, ob sie in diese übernommen werden, bzw. wie viele von ihnen oder ob eine neue Firma kommt. Erst am 2. Juni wird ihnen gesagt, dass der Auftrag an Kruschina bis Ende 2017 verlängert wurde, wobei Daimler das Recht hat bereits im Oktober 16 vorzeitig zu kündigen. Kurz, die unmenschliche Unsicherheit und Existenzängste bleiben.

Mit Sicherheit zur Zwangsarbeit, das neue Integrationsgesetz

Es ist heute wieder die deutsche Wirtschaftsmacht, die Menschen aus ihrer Heimat treibt. Ihre Geschäfte und Profite sind es, die Lebensgrundlagen zerstören, den Menschen Heimat, Zukunft und Hoffnung nehmen. Die herrschenden Kapitale wie Siemens, Daimler, Airbus, Rheinmetall und Co. begnügen sich nicht mehr mit dem Platz 3 des weltweiten Waffenhandels, sondern lassen ihren Berliner Staat ganze Regionen für ihren Profit destabilisieren. Die perfide Kunst dieses Imperialismus besteht aber darin, die selbst erzeugte Not noch mal auszubeuten. Das Parlament hat sich am Tag des EM Halbfinale nur wenige Minuten Zeit gelassen, um über ein „Integrationsgesetz“ abzustimmen. Es ist beschlossen worden, dass bleiben darf wer:

- ... für 80 Cent die Stunde arbeiten geht, wohin er befohlen wird
- ... pünktlich ist und dem Arbeitgeber stets treu und gehorsam
- ... gut genug Deutsch kann (oder ist)
- ... kein Ordnungswidrigkeit begeht, z.B. gegen die StVO
- ... die zugewiesene Baracke, Turnhalle, Bruchbude etc. bewohnt und dort gefälligst bleibt
- ... nicht durch ein „sicheres Herkunftsland“ wie z.B. Türkei oder Griechenland kam
- ... sich nicht „fremdvölkisch“ verhält, sondern sich der „Leitkultur“ ganz und gar anpasst.

In den Betrieben hierzulande reicht es längst nicht mehr die Löhne durch erzwungene Leiharbeit zu drücken. Umständliche 1 Euro Jobs werden gar nicht gebraucht, wenn nun der schutzlose 80 Cent Kollege in blanker Not zur Arbeit gezwungen werden darf. Streik oder Ungehorsam bedeutet für diese Kollegen das Ende ihres Bleiberechtes und die Rückkehr in den Kugelhagel aus deutschen Rohren. Die pseudo-juristischen Machwerke dieser Ermächtigungsregierung, wie etwa das o.g. zur Integration, auch die Entwürfe der SPD zur endgültigen Durchsetzung der Leiharbeit, Polizei und Notstandsgesetze und weitere können nur noch samt dieser Regierung abgeschafft werden. Und zwar durch die Arbeitermacht, sonst wird nichts besser, aber immer schneller schlimmer.

Asylrecht statt Kriegerrecht! Arbeitermacht!

Leserbrief

Kahlschlag am Nahtband Halle 8

Als wenn nicht schon genug Kollegen Anfang des Jahres aufgrund eines fragwürdigen KVP-Workshops unsere Abteilung verlassen mussten, haben die Führungskräfte wohl Gefallen daran gefunden, das Nahtband Halle 8 ausbluten zu lassen. Gerade von dem Schock erholt, kam der nächste Workshop, an dem wir Kollegen in allen drei Schichten die Beteiligung verweigert haben. Also haben sich unsere Meister zusammengesetzt (eKVP). Warum das Experten-KVP heißt, weiß keiner von uns, denn die Experten sind wir und nicht die Kittelträger. Das Ergebnis des eKVP ist wieder mal ein Schlag ins Gesicht für alle Kolleginnen und Kollegen vom Nahtband. Mit dieser Ausarbeitung der Meister hat man uns die letzte Luft zum Atmen genommen, um die Gruppenarbeit noch ein wenig gestalten und aufrecht erhalten zu können. Die Vorstellung des Ergebnisses vom Workshop übernahm unser Teamleiter in einer höchst arroganten Weise, als wolle er sagen „wenn ihr meint nicht teilnehmen zu wollen, dann rasieren wir euch aber richtig“. Auch diesmal war keine Diskussion erwünscht, bzw. hatten wir genau gesagt vier Minuten, um Fragen zu stellen, was ein Ding der Unmöglichkeit ist. Das ganze Gequatsche von Entlastungs-Konzepten, Demographie und Ergonomie-Offensive für die Kolleginnen und Kollegen in der Produktion kann man getrost in die Tonne hauen und den Deckel dicht machen, weil bei uns an den Bändern nichts davon ankommt. Oder sind wir Bandarbeiter damit gar nicht gemeint, sondern unsere Führungskräfte (Schöner Wohnen in Büro)?

Fakt ist, jetzt gehen wieder drei Kollegen pro Schicht aus unserer Abteilung, die Bandgeschwindigkeit wird nochmal erhöht, die Arbeitsverdichtung nimmt zu und merkwürdigerweise gehen die Auslastungszahlen nach unten, bzw. bleiben gleich. Es kommt der Verdacht auf, dass sich die Meister die Zahlen selbst gestrickt haben.

Das Beste oder Nichts klingt wie blanker Hohn, da kann man nur lachen, denn hier trifft nur das letzte Wort zu, das ist Nichts und deshalb werden wir dieser Ausarbeitung nicht zustimmen, geschweige denn unterschreiben. Qualität kommt von zufriedenen Mitarbeitern. An dieser Stelle sollten sich mal die Meister aus dem Workshop an den Kopf fassen und fragen, wer demnächst die Autos an der Kette noch bauen soll? Ihr jedenfalls nicht, weil ihr es nicht könnt.

Thomas Langenbach, Vertrauensmann H8

Arbeiten im LC (Automotiv) der BLG

Vor dem offiziellen Schichtbeginn wird namentlich aufgerufen, wer dann noch nicht da ist wird als verspätet angesehen. Es gibt für mehrere Hallen nur eine Stempeluhr für mehrere Dutzend Mitarbeiter. Diese darf erst nach offiziellen Schichtende betätigt werden, was bei mehreren Dutzend Mitarbeitern dazu führt dass man zum Teil länger als 5 Minuten nur vor dieser Stempeluhr verbringt bevor man dran ist. In der Praxis kann es wie folgt ablaufen: Man arbeitet in einer der hinteren Hallen, muss vor einer der Stempeluhren schon warten, dann noch ca. 5 Minuten Fußmarsch bis zu den Drehkreuzen wo man sich wieder in eine Schlange einreihet.



Es ist nicht unüblich dass es durch diese Verzögerungen dazu kommt dass man 15- 20 Minuten länger als nötig auf dem Betriebsgelände verbringen muss. Auch werden nicht ausreichend Spinde und Duschen gestellt, so dass die Mitarbeiter zu hunderten in ihrer zum Teil sehr auffälligen Arbeitsbekleidung das Gelände verlassen. Über die Bezahlung von Wege und Umziehzeiten braucht man nicht nachzudenken, wird nicht vom Betriebsrat der BLG verfolgt. Die Situation der Toiletten ist als ekelig zu beschreiben. Viel zu wenige Örtlichkeiten für zu viele Mitarbeiter. Diese sind zum Teil seit Jahren defekt und werden nicht repariert. Auch ist in diesem Zusammenhang die Hygiene anzusprechen, in drei Schichten arbeiten aber nur für zwei Schichten die Toilettenreinigung vollziehen. Die Arbeit selbst ist die ganze Zeit begleitet von Aussagen der BLG Multifunktionier und Meister wie z.B. Höher, Schneller, Weiter.

* Anm. der Redaktion: Abbestellen ist der vornehme Ausdruck für die Kündigung von Leiharbeitern

Zu Arbeit selbst:

Arbeitssicherheit wird bei wenig Arbeitsaufkommen auch in Teilen gelebt. Ist das Arbeitsaufkommen aber hoch dann lebt die Arbeitssicherheit nur kurzfristig nach Unfällen auf und versiegt danach wieder sehr schnell. Es ist in einigen Hallen der Regelfall das man, je nach Wetterlage entgegen der Kriterien der Arbeitsstättenverordnung bei über 26 Grad Celsius oder unter 9 Grad Celsius arbeiten lässt ohne geeignete Maßnahmen zu treffen. Der einzige annehmbare Raum zum Essen ist die mittig auf dem Gelände liegende Kantine. Nach dem Verständnis der Vorgesetzten Meistern etc. gilt der Weg dorthin aber schon als Pausenzeit. Dass die Kantine dazu auch noch zu klein dimensioniert ist, das Essen nicht wirklich gut ist und diese bei einem Dreischichtbetrieb nur von 08:00 Uhr bis 20:00 Uhr geöffnet ist macht es nicht besser. Hat man vor Ort Wiederworte oder besteht auf gewisse im Grundgesetz oder anderen Gesetzestexten verankerten Rechte ist man sehr schnell abbestellt* und wird mit einer Sperre belegt. Dazu sollte man sich mal auch die Betriebsversammlungen der BLG anschauen. Hier werden Leiharbeitnehmer nicht zugelassen werden, sollte doch jemand darauf bestehen dann wird dieser abbestellt und mit Beschäftigungsverbot belegt. Ähnliches gibt es zu

berichten wenn man während der Arbeitszeit den Betriebsrat des aufzunehmenden Betriebes (BLG) besuchen möchte. Manche Multifunktionier der BLG treiben die Mitarbeiter so dass schon einige geweint haben, völlig ausflippt sind oder psychisch erkranken. Drill von Anfang bis Ende wird vielfach vollzogen. Immer 110 % geben sollen, jederzeit zur Verfügung zu stehen und dabei absolut fehlerfrei zu bleiben. Sollte einem doch mal ein Fehler unterlaufen dann hat das meistens die sofortige Abbestellung zur Folge und es droht von der eigenen Firma eine Abmahnung.

Allgemeines:

Wenn man sich während seiner Unbezahlten Pause, der An- oder der Abreise durchaus berechtigt über seine Arbeitsumgebung kritisch äußert muss man jederzeit damit rechnen dass man ein Redeverbot, eine Abbestellung oder eine Abmahnung angedroht bekommt.

Es geht um `s Streikrecht

Erinnern wir uns: Im Dezember 2014 hatte die Nachtschicht gestreikt gegen Fremdvergabe und Leiharbeit. 761 Abmahnungen hat die Werkleitung ausgesprochen. Die Kollegen haben daraufhin Klage eingereicht. Vor Gericht sollte festgestellt werden, dass 1. die Abmahnungen zu Unrecht ausgesprochen wurden, dass es 2. das Recht der Kollegen war, sich kollektiv gegen die Maßnahmen zu wehren. In der 1. Instanz haben wir verloren. Das Gericht war nicht bereit, die Frage des Streikrechts über-

haupt nur anzufassen. Danach hat die Werkleitung die Abmahnungen, um wieder Friedhofsruhe einkehren zu lassen, aus der Personalakte genommen.

Wie geht es nun weiter?

Unsere Rechtsanwälte haben vor Kurzem die Berufungsklage eingereicht. Es geht also jetzt zum Landesarbeitsgericht in die 2. Instanz und es geht nicht mehr um die Frage der Abmahnung, sondern allein um die Feststellung, dass der Streik, unser einziges Mittel der Gegenwehr, gerechtfertigt war. Ein Termin

steht noch nicht, wir werden Euch aber rechtzeitig darüber informieren.

Weil wir damit rechnen, bis zum Bundesarbeitsgericht oder gar zum Europäischen Gerichtshof gehen zu müssen, möchten wir nochmals an unseren Kampffonds erinnern, der die Klagekosten finanziell absichern soll. Die IGM weigert sich bis heute (!), ihren eigenen Mitgliedern Rechtsschutz zu geben.

Konto: Anja Lüers

IBAN: DE67 1009 0000 5650 0040 02

Stichwort: „Streikrecht“

Amoklauf in München: Klarer Kopf statt völkischer Sumpf!



Sieht man sich die nüchternen Zahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik auf bka.de genauer an, so findet sich dort keine Grundlage für die Panikmache in den Medien. Es starben allein im Jahr 2015 in diesem Staat über zweitausend Menschen durch Mord und Totschlag, das sind also jeden Tag mindestens 5 mehr oder weniger spektakuläre Fälle. Die ausgewiesenen Zahlen sind dabei seit Jahren rückläufig und im Vergleich zu manch anderen Ländern sehr niedrig. Was aber gerade in den deutschen Medien gemacht wird, ist extrem und schamlos. Jede Tat, die mit Nicht- Deutschen zu tun haben könnte, wird aufgebauscht und hochgeschaukelt um Angst und Fremdenhass zu schüren.

Wenn die Fälle von Würzburg und Ansbach nichts mit München oder Reutlingen zu tun hat, warum werden dann immer neue Zusammenhänge an den Haaren herbeigezogen? Weil das im Kopf bleibt, es bleibt die erwünschte, diffuse Angst – und es entsteht das Feindbild.

Dies Feindbild im Kopf fordert dann auch die „überfällige Sicherheitsdebatte in Deutschland“, rechtfertigt jeglichen Chauvinismus nach innen und außen, erlaubt illegale Zusammenschlüsse von Polizei und Militär, erlaubt den exorbitanten Ausbau der Staatsgewalt.

Gegen wen eigentlich? Gegen alle, die die Verantwortlichen für die Schweinereien wie Zwangsintegration, Hartz, Leiharbeit, Bankenrettung, Protektorat und Kriegskurs absetzen und zur Rechenschaft ziehen würden. Also gegen die Bevölkerung. Gegen uns alle.

Was wir bei uns dagegen machen können? Wie wir den Kampf führen können? Komm doch einfach mal zu unseren Treffen in der Posener Straße 55 in Gröpelingen. Dort können wir uns darüber unterhalten und auch streiten, was wir alles können, wenn wir nur wollen. Das nächste Treffen ist am 27.08.16, 14.30 Uhr.

Nicht nur in Frankreich: Mit Notstandsgesetzen gegen die Arbeiter

Man könnte meinen, der Terrorismus ist für die Herrschenden ein Gottesgeschenk, so wie für Erdogan in der Türkei der vermeintliche Putsch. Millionen von Arbeitern waren und sind in Frankreich auf der Strasse gegen die neuen Arbeitsgesetze (nach deutschem Muster), um den Gesetzentwurf der Sozialdemokraten und damit vielleicht sogar die ganze Regierung zu kippen. Jetzt kommt der Terrorismus ins schmutzige Spiel: Der Notstand ist ausgerufen und eben dieser Notstand erlaubt es dieser Bande von Regierung, das Parlament auszuschalten und das Gesetz per Notverordnung, also per Dekret zu verordnen. Laut Gesetz gibt es nur Einen, der diesem Dekret widersprechen könnte: Das Parlament.



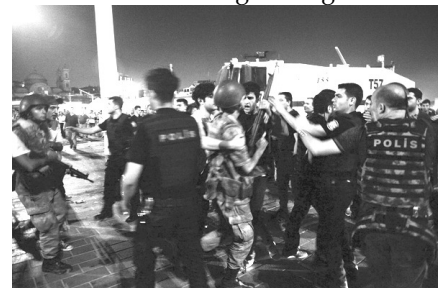
Aber das Parlament kann nicht widersprechen, weil es gerade in die Sommerpause geschickt worden ist. Ein Husarenstück, von dem sogar Frau Merkel und die Herren Seehofer und Gabriel noch lernen können, die keineswegs weniger zimperlich mit bürgerlichem Recht umgehen. Sie haben z.B. die an diesem Tag noch vorhandene Fußball-Euphorie mit Hoffnung auf einen deutschen EM-Sieg genutzt, um in Windeseile das sogenannte „Integrationsgesetz“ durchzupeitschen, das jeglichem bürgerlichen Recht widerspricht. Was für eine verrottete Bande! Was sind das für Figuren, die ganze Staaten lenken. Sie haben Angst vor den Arbeitern, vor dem Volk und müssen deshalb zu diesen Mitteln greifen. Sie brauchen den Notstand in dem verzweifelt Irrglauben, dann mit uns fertig zu werden.

In Frankreich aber gibt es durchaus noch Einen, der dem Notstands-Dekret der Herrschenden doch noch widersprechen kann und wird: Die französischen Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Sie haben bereits klar gemacht, dass sie die Umsetzung der französischen Hartz-Gesetze nicht hinnehmen und den Kampf weiter führen werden.

Türkei: So werden die letzten Reste von Demokratie niedergemacht

Faschistische Gewaltherrschaft und ungehinderter Bürgerkrieg - um die Schwäche der Regierung Erdogan (der öffentlich Adolf Hitler zu seinem Vorbild erklärt hat) gegenüber seinem eigenen Volk zu übertünchen, musste ein operettenartig inszenierter „Militärputsch“ her. Die längst erstellten Listen von politischen Gegnern, Kritikern und Oppositionellen, von Journalisten, Richtern, Lehrern und Wissenschaftlern werden nun von der Staatsgewalt mit faschistischer Gewalt „abgearbeitet“. Möge kein streikender Automobilarbeiter aus Bursa, möge kein Gewerkschafter sich mehr trauen, auch nur das Maul aufzumachen.

Das „sichere Herkunftsland“ Türkei und sein Regime Erdogan, hochgepöppelt von deutschen Konzernen, wie Daimler Benz, hochgerüstet mit deutschen Waffen und hofiert von der Berliner Regierung, mag in seiner Friedhofsruhe als stark erscheinen. Das Gegenteil ist der Fall, das letzte Wort werden die türkischen Arbeiter haben. Auf was die Menschen in der Türkei aber sicherlich verzichten können, sind die heuchlerischen Ermahnungen deutscher Politiker, von der CSU bis hin zu den Grünen, die selbst gerade dabei sind, die letzten Reste der Demokratie hierzulande zu beseitigen (siehe Artikel S.2!). An uns liegt es, gemeinsam mit den türkischen Arbeitern hier und in der Türkei den Kampf aufzunehmen. Dann wird es keinen Boden für Nationalismus, Rassismus und Krieg mehr geben.



Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 und viele andere (August 2016)

E-Mail-Kontakt: redaktion-funke@gmx.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, IBAN: DE37 2509 0500 0101 6379 91, U. Müller, Stichwort: Flugblatt